

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 86 (2011)
Heft: 3

Artikel: Zur Wehrpflicht in Österreich
Autor: Geyer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715923>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Wehrpflicht in Österreich

Als Schweden am 1. Juli 2010 die allgemeine Wehrpflicht abschaffte und Deutschland die Wehrdienstzeit auf sechs Monate reduzierte, begann in Österreich eine hitzige Debatte. Die vom Wiener Bürgermeister Michael Häupl ausgelöste ideologische Diskussion um den Pflichtdienst mit der Waffe verlief bisher äusserst unglücklich und endete vorläufig mit der Abberufung des Chefs des Generalstabes. Aber welche Argumente gibt es in der Diskussion?

OBERST | GST GEORG GEYER ANALYSIERT DIE WIENER SICHERHEITSPOLITIK

Bereits 1945, kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, hatte es erste Überlegungen für die Aufstellung bewaffneter Wehrpflicht-Einheiten gegeben. Doch erst nach dem Ende der Besatzungszeit durch die alliierten Truppen wurde das aktuelle österreichische Wehrsystem am 7. September 1955 im Gesetz fixiert: auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht rückten Anfang 1956 die ersten Grundwehrdiener zum Bundesheer ein.

Fünf Jahrzehnte war das verteidigungsorientierte Mischsystem aus Grundwehrdienern, Miliz- und Berufssoldaten die strategische Antwort auf die militärische Bedrohung Österreichs, das sich u.a. zwischen 1956 und 1991 als neutraler Kleinstaat zwischen den grossen Machtblöcken behaupten und seine Abwehrfähigkeit glaubhaft machen musste. Nach dem Kalten Krieg passten sich die österreichischen Streitkräfte in mehreren Reformen an die neuen Gegebenheiten an: militärische Landesverteidigung wurde auf den «Fähigkeitserhalt» zurückgestutzt, internationale Einsätze, Katastrophenhilfe und Unterstützung der Polizei (Stichwort Grenzüberwachung) stehen im Vordergrund.

Neun Monate

Anfänglich war die Grundwehrdienstzeit mit neun Monaten festgesetzt worden – bis die Sozialistische Partei unter Bruno Kreisky im Oktober 1971 mit dem Slogan «Sechs Monate sind genug» die Nationalratswahlen gewann und eine de-facto-Reduzierung erreichte: die jungen Soldaten wurden sechs Monate zum Militär eingezogen, um danach 10 Wochen Wiederholungsübungen zu leisten. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden die Rekruten für acht Monate durchgehend eingezogen.

Verteidigungsminister Günther Platter (ÖVP) verkürzte die Grundwehrdienstzeit am 1. Jänner 2006 mit Weisung auf sechs Monate, diese Regelung ist mittlerweile Ge-

setzt. Öffentlichen Berichten zufolge verfügt Österreich jährlich über ein Potenzial von ca. 26 000 Grundwehrdienern, von denen gleichzeitig etwa 12 000 Rekruten in der Armee dienen. Etwa 13 000 junge Österreicher leisten pro Jahr einen neunmonatigen Zivildienst. Beim Bundesheer sind derzeit etwa 17 000 Berufssoldaten und 9000 Zivilbedienstete beschäftigt.

Zusätzlich gibt es ca. 27 000 übungspflichtige Milizsoldaten. Die Soll-Stärke des Bundesheeres nach Mobilmachung umfasst gemäss aktueller Heeresstruktur «ÖBH2010» ca. 55 000 Soldatinnen und Soldaten.

Fundamente des Systems

Die allgemeine Wehrpflicht, die de facto eine Ungleichstellung zwischen Männern und Frauen beinhaltet, ist Teil der Bundesverfassung. Demnach ist jeder männliche österreichische Staatsbürger wehrpflichtig. Wehrdienstverweigerer müssen einen Wehrersatzdienst (Zivildienst) leisten. Der freiwillige Dienst mit der Waffe für Frauen wurde in Österreich 1998 ohne Beschränkung eingeführt.

Im Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode 2008-2013 «Gemeinsam für Österreich» beschreiben die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP Ziele für die Landesverteidigung (Auszug): Das Bundesheer brauche zur Erfüllung seiner Aufgaben ausreichend personelle Ressourcen sowie jene Organisation, Ausrüstung, Ausstattung und Ausbildung, die für moderne Armeen zur Bewältigung der Anforderungen des 21. Jahrhunderts bei optimalem Schutz der eingesetzten Soldaten und Soldatinnen notwendig sind.

Die Bundesregierung bekenne sich zu einem Bundesheer, das auf der allgemeinen Wehrpflicht, Miliz- und Berufskomponenten aufbaut sowie zur Beibehaltung des auf sechs Monate verkürzten Wehrdienstes. Wesentlich für die aktuelle Diskussion ist

die Kostenfrage: Das österreichische Verteidigungsbudget ist traditionell gering dotiert. Berichten zufolge wurden im Verteidigungs- und Sportressort im Jahr 2010 etwa 2,2 Milliarden Euro (inkl. Sport) verbraucht; insgesamt werden die Bundesministerien im Jahr 2010 voraussichtlich ca. 57,7 Mia. Euro ausgegeben haben. Das Bruttoinlandsprodukt wird für 2010 mit ca. 284 Mia. Euro veranschlagt. Der Grossteil des Verteidigungsbudgets geht für Betriebs- und Personalkosten auf.

Zur Bewältigung der Wirtschaftskrise müssen im Verteidigungsbereich bis 2014 etwa 530 Mio. Euro eingespart werden. Gleichzeitig werden bis 2014 jährlich ca. 217 Mio. Euro für die Beschaffung der 15 Eurofighter bezahlt. Zur Realisierung der 2004 eingeleiteten Bundesheer-Reform ÖBH2010 wäre gemäss öffentlichen Berichten ein jährliches Verteidigungsbudget von mindestens 1% des Bruttoinlandsproduktes erforderlich gewesen, diese Reform scheitert augenscheinlich an der aktuellen Budgetsituation.

Profilierte Diskussion

Nur wenige Tage nach dem Ende der Wehrpflicht in Schweden gab es in Österreich Reaktionen, ausgerechnet von drei Oppositionsparteien: am 7. Juli kündigte das Bündnis für die Zukunft Österreichs (BZÖ) an, eine Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht zu beantragen. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) bekannte sich gleichzeitig zur allgemeinen Wehrpflicht. Die Grünen kündigten am 10. Juli ein Volksbegehren zur Abschaffung der Wehrpflicht an.

Das BZÖ stehe für die freie Entscheidung der Bürger und sei gegen Zwänge, deshalb wolle man ein Mischsystem aus einem Berufsheer und einer Freiwilligenmiliz. Das Bundesheer könne grössere Katastrophen- oder Zivilschutzeinsätze personell nicht mehr bewältigen. Die Wehrpflicht



Irgendwo auf einem Pass im Kosovo kontrolliert eine Kompanie des österreichischen Bundesheeres den zivilen Verkehr.



Über einem Schützenpanzer des Bundesheeres weht bei einer Strassensperre auf dem Balkan die österreichische Fahne.

Archivbilder

unter den jetzigen Rahmenbedingungen sei unsinnig: schlecht ausgebildete und zwangsverpflichtete Grundwehrdiener kosteten viel Geld, seien aber im Ernstfall nicht einsatzfähig. Durch die veränderte Sicherheitslage – Österreich liegt mitten in der EU – trete die konventionelle Landesverteidigung als Hauptaufgabe einer nationalen Armee auf absehbare Zeit in den Hintergrund.

Internationale Einsätze zur Konfliktbewältigung, der Heimatschutz vor terroristischen Bedrohungen sowie Unterstützungsleistungen bei Katastrophen könnten nur von professionell ausgebildeten und motivierten Freiwilligen erfüllt werden, die dafür die nötige Bezahlung und Ausrüstung sowie Modelle zur Überleitung in andere Berufe nach einer befristeten Soldatenkarriere bräuchten. 40 Prozent des Heerespersonals sei nur mit den Grundwehrdienern beschäftigt. Rund 800 Mio. Euro kosteten die Grundwehrdiener den Staat – dieses Geld könne für ein besser ausgerüstetes Heer eingesetzt werden.

Pro Wehrpflicht

Die FPÖ hält an der allgemeinen Wehrpflicht fest und lehnt ein Berufs- oder Freiwilligenheer grundsätzlich ab. Die Wehrpflicht sei zur Bereitstellung einer ausrei-

chenden Zahl von Wehrdienstpflichtigen und Personal für die Blaulichtorganisationen notwendig und ermögliche die Rekrutierung von Berufs- und Milizsoldaten. Ein Berufs- bzw. Freiwilligenheer würde dreimal soviel kosten wie derzeit, es gäbe jedoch keine politische Bereitschaft zur Finanzierung. Ein unterdotiertes Berufsheer sei der Untergang des Bundesheeres, weil man keine Freiwilligen finden würde.

Die Wehrpflicht sei Ausdruck des Selbstbehauptungswillens freier und mündiger Bürger, weil sie die Landesverteidigung zur Aufgabe des Staatsvolkes mache. Mit einer Wehrpflichtarmee könne auf das komplette Reservoir an Fähigkeiten der jungen Staatsbürger zurückgegriffen werden. Für eine Berufsarmee werde es in Österreich – wie auch in anderen europäischen Ländern – zu wenig Freiwillige geben. Katastrophenhilfe könne ohne Grundwehrdiener nicht bewältigt werden.

Die Grünen kündigten einen Antrag im Parlament an, um die Wehrpflicht als ersten Schritt zur totalen Abschaffung nächstes Jahr auszusetzen. Durch den EU-Beitritt habe sich die österreichische Neutralität weiter entwickelt. Daher sei es nicht länger notwendig, jungen Männern zu Beginn ihrer Arbeitszeit ein halbes Jahr Zeit zu rauben. Heute gehe es vor allem um inter-

nationale Unterstützung und Hilfe bei Katastrophen oder um internationale polizeiliche Einsätze wie in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Diese Aufgaben seien auf Basis einer freiwilligen Rekrutierung wesentlich besser zu erfüllen als mit dem veralteten Modell einer Zwangsverpflichtung. Die Grünen fordern die Umwandlung des Zivildienstes in ein freiwilliges soziales Jahr, das für fachspezifische Ausbildungen angerechnet wird.

Klassische Aufgaben

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) hat Medienberichten zufolge in der Wehrpflichtdiskussion eine wesentliche Rolle. Zunächst erfolgte ein Angriff: die territoriale Landesverteidigung sei eine Kernaufgabe des souveränen Staates und dürfe nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Ebenso müsse Österreich bei der Wahrung des internationalen Friedens mitwirken. Ein funktionsfähiges, einsatzbereites Bundesheer habe absolute Priorität.

Mitte September 2010 wurde berichtet, dass eine informelle Arbeitsgruppe rund um Aussenminister Michael Spindelegger ein Konzept für eine Reform der österreichischen Sicherheitsdoktrin und für ein kleines, neues Bundesheer ausgearbeitet habe: nur mehr 15 000 (für Katastrophen-

schutz) statt 50 000 Soldaten, dazu kämen noch Soldaten für die klassischen Aufgaben der Landesverteidigung und für internationale Einsätze, die sich auf Regionen in einem Radius von rund 2000 Kilometern um Österreich konzentrieren sollten. Abbau der Waffengattungen, deutlich weniger Präsenzdiener, ein erster Schritt zum Ruhen der Wehrpflicht.

Die Wehrpflicht bleibe unangetastet, allerdings solle der Wehrdienst reformiert werden. Dazu sei ein neues Musterungssystem mit höherem Anforderungsprofil in Ausarbeitung, wodurch sich eine niedrigere Zahl an Wehrpflichtigen ergäbe. Die ÖVP sei gegen ein Berufsheer, für ein kleineres Bundesheer und bekenne sich zum Milizsystem, das mit der Wehrpflicht verbunden sei.

Da platzte die Bombe

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) vollzog in den letzten Monaten einen interessanten Schwenk. Noch im Juli hatte Bundeskanzler Faymann betont, dass er für die Beibehaltung der Wehrpflicht sei, solange Länder wie Deutschland nicht bewiesen hätten, dass sie mit der Abschaffung der Wehrpflicht Geld sparen. Verteidigungsminister Darabos unterstrich gleichzeitig, dass an der Wehrpflicht nicht gerüttelt werden dürfe, sie sei Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung aller Bürger für die Sicherheit der Republik.

Die Wehrpflicht habe sich jahrzehntelang bewährt, sie garantiere die verfassungsmässige Auftragsbefüllung des Bundesheeres. Die Mischung aus Berufssoldaten, Milizsoldaten und Wehrpflichtigen sei eine Stärke des Heeres. Die Wehrpflicht sei auch die notwendige Basis für die Nachwuchsgewinnung von jungen Berufssoldaten. Ohne Wehrpflicht wäre das Bereitstellen von zumindest 10 000 Soldaten für den Katastrophenfall nicht mehr durchführbar. Eine weitere Folge wäre, dass es keine Miliz mehr gäbe und dadurch auch die Auslandseinsätze gefährdet wären (56% der Auslandssoldaten kommen aus der Miliz).

Anfang Oktober platzte die Bombe: Wiens Bürgermeisters Häupl (SPÖ) machte sich wenige Tage vor der Wiener Wahl für eine Volksbefragung zur Wehrpflicht stark (4.10.): Die Rahmenbedingungen für das neutrale Österreich hätten sich in den vergangenen Jahren «drastisch» geändert. Österreich liege mittlerweile inmitten der EU.

Darüber hinaus gebe es in den meisten Ländern Europas Berufsheere. Er gehe davon aus, dass die Wehrpflicht nicht zu halten sei (5.10.). Sofort bekam er Unterstüt-

zung von Bundeskanzler Faymann, worauf auch Verteidigungsminister Darabos seine Argumentation lockerte: Man solle das Thema offen diskutieren, alle Fakten, Argumente und Systemvarianten von nationalen und internationalen Experten prüfen lassen. Derzeit würden verschiedene Wehrsystem-Modelle und Varianten durchgerechnet. Die Neutralität solle die sicherheitspolitische Leitlinie bleiben.

Fischers Tagesbefehl

Auch Bundespräsident Heinz Fischer meldete sich im Rahmen eines Tagesbefehls zu Wort: In der aktuellen Regierungserklärung gebe es ein klares Bekenntnis zur Neutralität und zur allgemeinen Wehrpflicht. Er habe gegen eine sachliche Diskussion solcher Fragen auf der Basis von Zahlen und Fakten keinen Einwand, die besseren Argumente sollten sich durchsetzen.

Der Kernpunkt der zu diskutierenden Frage sei, ob die Aufgaben, die das Bundesheer des neutralen Österreich auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht erfülle, nämlich Landesverteidigung plus Katastrophenschutz plus Auslandseinsätze plus sonstige Leistungen in gleicher Qualität und ohne zusätzliche Kosten auch von einem Berufsheer erbracht werden können.

Im Zuge der Diskussion meldeten sich auch zahlreiche Institutionen bzw. Personen zu Wort, darunter auch Generalleutnant Günter Höfler, Kommandant der Streitkräfte. Aus der Sicht Höflers können unter den speziellen österreichischen Rahmenbedingungen (Personalgewinnung, Gesetzeslage, Budget) die derzeitigen und zukünftig erwartbaren Aufgaben des Bundesheeres mit dem System der Wehrpflicht am besten bewältigt werden, allerdings müsse das derzeitige System verbessert und adaptiert werden.

Nationale Pflichten

Grundwehrdiener sollten in Zukunft vor allem für nationale Aufgaben wie Assistenzleistungen und Schutz verwendet werden. Herausfordernde Aufgaben und der Auslandseinsatz würden vorwiegend durch

Berufssoldaten und länger dienende Freiwillige abgedeckt. Die Miliz- bzw. Reserveeinheiten seien für beide Bereiche unverzichtbar und hätten somit eine tragende Rolle in den Streitkräften. (17.7., Der Standard).

Die Österreichische Offiziersgesellschaft (ÖOG) unterstrich in ihrem Statement, dass aus sicherheitspolitischen, demokratiepolitischen, gesellschaftspolitischen und staatspolitischen Gründen die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht gefordert wird. Die allgemeine Wehrpflicht sei das für den Kleinstaat Österreich weiterhin effektivste und wirtschaftlichste Instrument der Sicherheitspolitik. Grundsätzlich müssten alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger für die Sicherheit des Staates als Gemeinwesen Verantwortung tragen und übernehmen.

Treffende Argumente?

Die Diskussion zeigt, dass es auch in Österreich gewichtige Gründe für und gegen eine Wehrpflichtarmee gibt. Wesentlich ist, diese strategisch relevante Diskussion aus aktuellen Wahlkämpfen abzukoppeln und möglichst sachlich zu führen, denn es geht um die Sicherheit des Staates.

Nachvollziehbar ist, dass internationale Friedensunterstützende Einsätze im gesamten Spektrum nur mit sehr gut trainierten Berufs- oder Milizsoldaten erfolgreich zu bewältigen sind. Auch aktuelle national wirksame Bedrohungen, die den Einsatz militärischer Mittel erfordern, sind nur mit länger dienenden Spezialisten und sicher nicht mit Wehrpflichtigen zu bewältigen: Beispiele sind die Abwehr gegen Computerkriegsführung, die Abwehr gegen Angriffe ballistischer Raketen oder die Abwehr von Luftbedrohungen mittels Luftraumsicherung.

Diese Aspekte sprechen für eine Berufssoldatenkomponente, die es im österreichischen Bundesheer schon seit Jahrzehnten gibt.

Aufgaben geringerer Intensität wie beispielsweise Katastrophenhilfe oder einfache Sicherungs-, Schutz- und Wachaufga-

Die Aufgaben des österreichischen Bundesheeres

- militärische Landesverteidigung,
- Schutz der verfassungsmässigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie
- Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt,
- Hilfeleistung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen aussergewöhnlichen Umfanges,
- Hilfeleistung im Ausland bei Massnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste.

ben können hingegen von Truppen mit Grundwehrdienern oder schnell aufbietbaren Miliztruppen erfüllt werden. Würde man die Wehrpflicht aussetzen oder abschaffen, müssten diese Einsatzaufgaben durch andere Kräfte übernommen werden: Entweder werden innerhalb von Stunden verfügbare, voll ausgestattete und personell befüllte Milizverbände gebildet oder die Polizei wird deutlich verstärkt oder eine Art Technisches Hilfswerk wird gebildet. Jedenfalls erfordern diese Kräfte, deren Ausbildung, Ausrüstung und Erhaltung relativ hohe Budgetmittel.

Es ist generell nachvollziehbar, dass schwierige nationale und internationale Einsatzaufgaben viel Geld kosten: dazu sind hochwertige Waffensysteme (z.B. Abfangjäger oder ein Abwehrsystem gegen ballistische Raketen), hochwertige Schutz- und Transportsysteme, bestausgebildete, kampffähige Soldaten sowie eine potente, weit wirksame Logistik notwendig. Aber auch Aufgaben wie Katastrophenhilfe oder Sicherungsaufgaben erfordern finanzielle Mittel – z.B. zur Budgetierung entsprechender Personalstärken oder zur Beschaffung von Einsatzgerät (z.B. Schnellbrücken oder Wasseraufbereitungsanlagen).

Nachvollziehbar ist auch, dass Wehrpflichtstreitkräfte die Verantwortung der Bürger für die Sicherheit des Staates besser abbilden als ein kleines Berufsmilitär und dass diese Streitkräfte aus Prinzip besser in der Bevölkerung integriert sind.

Zweck der Wehrpflicht

Ob diese Argumente allerdings reichen, die allgemeine Wehrpflicht als Teil einer Verteidigungsstrategie prinzipiell zu rechtfertigen, ist fraglich. Auch das Argument, aus der allgemeinen Wehrpflicht die Personalgewinnung für Berufsmilitär- und Milizkomponenten abzuwickeln oder das Argument, der Zivildienst sei für den Sozialstaat notwendig und deshalb dürfe die Wehrpflicht nicht ausgesetzt werden, erscheinen bei genauer Betrachtung nicht ausreichend tragfähig, um ein System der Wehrpflicht grundsätzlich zu rechtfertigen. Beide Argumente zielen auf eine Umwegrentabilität ab und entschlagen sich der Grundsatzfrage nach dem Zweck der Wehrpflicht an sich.

Ein Argument ist bisher noch nicht bewertet worden. Die Gestaltung des österreichischen Wehrsystems hängt nicht nur von der nationalen Perspektive ab, sondern erzwingt aus Rechts- und Kostengründen die Berücksichtigung von Vorgaben der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und



Für einen österreichischen Hauptmann ein gewohntes Bild: Ein Kompaniekommandant namens Krug in den Ruinen der syrischen Grenzstadt Kuneitra auf dem Golan.

Verteidigungspolitik. Eine Reduzierung der österreichischen Streitkräfte wäre aus meiner Sicht erst dann zu verantworten, wenn die europäischen Streitkräftestrukturen in Führung, Organisation und Einsatz deutlich weiter entwickelt sind als die multinationale Zusammenstellung von jeweils einem bataillons- bis brigadestarken Gefechtsverband als erste Krisenreaktionskraft.

Nationale Dienstpflicht

Folgerichtig müssten Reduzierungen der Streitkräfte der EU-Mitgliedsländer Zug um Zug einen Schritt im Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte bedeuten. Werden nationale Streitkräfte im Rahmen der Professionalisierung verringert, ohne dabei die europäischen Militärstrukturen – auch durch Organisation strategischer Systeme für gemeinsame Führung, Aufklärung, Transport und Wirkung – aufzubauen, so entsteht eine strategisch relevante Sicherheitslücke im Verteidigungssystem der Union.

An dieser Stelle ist auch ein Blick auf die Weltkarte interessant: Russland, China oder die Türkei halten weiter an der Wehr-

pflcht fest; in den USA, die seit 1973 keine Wehrpflicht mehr haben, wurde 2007 im Kongress die Nationale Dienstpflicht in Kriegszeiten diskutiert.

In der bisherigen innerösterreichischen Diskussion wurden viele gute Argumente pro und contra Wehrpflicht gebracht, allerdings scheinbar nicht im Sinne eines überparteilichen sicherheits- und staatspolitischen Konsenses, sondern augenscheinlich vor allem aus parteipolitischer Sicht.

Um diese strategische Frage, die allgemeine Wehrpflicht beizubehalten oder sich von ihr als Prinzip abzuwenden, seriös zu beantworten, könnte der Nationale Sicherheitsrat als oberstes beratendes und überparteiliches sicherheitspolitisches Gremium beauftragt werden, diese Frage zur Entscheidungsreife für die gesetzgebenden Gremien zu führen. ■



Georg Geyer, Wien, ist Generalstabsoberst des österreichischen Bundesheeres. Er war Chefredaktor der Militärzeitung «Der Soldat». Der vorliegende Artikel drückt ausschliesslich die persönliche Meinung des Verfassers aus.